

Antrag

Hannover, den 22.06.2022

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Gemeinsam Verantwortung tragen für die Energiesicherheit in Niedersachsen - heimische Erdgasgewinnung aktiv mitgestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zwingt uns in Deutschland und Europa zu noch schnellerem Handeln hinsichtlich einer nachhaltigen und diversifizierten Energiepolitik. Wegbrechende Gasimporte aus russischen Quellen müssten kurzfristig durch Alternativen ersetzt werden. Eine Möglichkeit besteht darin, dem niederländischen Unternehmen ONE Dyas B.V. zu erlauben, auf niederländischem Hoheitsgebiet Erdgasförderung zu betreiben und von dort aus auch die unter deutschem Hoheitsgebiet liegenden Rohstoffe für den deutschen Markt zu fördern. Deutschland ist nun bedeutend stärker darauf angewiesen, Energie von seinen europäischen Partnern zu beziehen, und steht ihnen gegenüber in der Verantwortung, da auch unsere Nachbarn vom Wegbrechen eines Gasimports aus russischen Quellen betroffen wären. Aus diesem Grund hat die Landesregierung den Landtag mit Antrag vom 11.05.2022 um Aufhebung des Beschlusses einer Förderuntersagung des Unternehmens ONE Dyas B.V. gebeten. Diesem Antrag ist das Parlament mit großer Mehrheit in seiner Sitzung am 19.05.2022 gefolgt.

Gleichwohl ist sich der Landtag der Verantwortung für den angrenzenden Nationalpark und das Biosphärenreservat sowie für die benachbarten Inseln bewusst, die aus dieser Entscheidung erwächst. Eine Genehmigung zur Erdgasförderung aus dem niedersächsischen Teil der grenzüberschreitenden Lagerstätten kann daher nur unter strengen und kontrollierten Vorgaben erteilt werden.

Voraussetzung für die Realisierung bleibt, dass durch die Erschließung ein signifikanter Beitrag zur deutschen Gasversorgung geleistet wird. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass die Förderung auf die notwendige Menge begrenzt bleibt.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. eine Strategie für eine an Versorgungssicherheit sowie Klima- und Naturschutzaspekten gleichermaßen ausgerichtete Energieversorgung zu entwickeln,
2. gemeinsam mit der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Bundesregierung nach möglichst zügig realisierbaren und umweltfreundlichen Wegen zu suchen, um die Erdgasförderung vor Borkum zu ermöglichen, und gleichzeitig ein engmaschiges und transparentes Monitoringsystem der Förderaktivitäten - wie beispielsweise seismische Auswirkungen sowie mögliche Senkungen und deren Auswirkungen auf die Sturm- und Küstenschutzbauwerke, statisch potenziell kritische Bauwerke wie Leuchttürme und die Süßwasserlinse der Insel Borkum sowie auf die Schutzgüter des Naturschutzes - zu vereinbaren,
3. zu prüfen, ob und in welchem Umfang mit Blick auf durch mögliche Senkungen und Erschütterungen entstehende Schäden eine Beweislastumkehr gegeben bzw. möglich ist,
4. bei der Gasförderung auf die Einhaltung höchster Umweltstandards zu bestehen,
5. neben der für die Erdgasförderung durch das explorierende Unternehmen / die explorierenden Unternehmen zu leistenden Kompensationsmaßnahmen weitere neu zu generierende finanzielle Mittel aus einem ökologischen Fonds (z. B. „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - ökologischer Bereich“) bereitzustellen, um daraus insbesondere im Wattenmeer und in den betroffenen Regionen Projekte des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes mitzufinanzieren,

6. Investitionen in die Attraktivierung, Erweiterung und Ergänzung touristischer Infrastrukturen auf der Insel Borkum nach Möglichkeit zu fördern und entsprechende Konzepte zu unterstützen,
7. die Interessenvertreter der Insel Borkum in das notwendige Verfahren eng mit einzubinden,
8. schnellstmöglich Importmöglichkeiten für LNG (Liquified Natural Gas) aufzubauen.

Begründung

Eine belastbare und diversifizierte Versorgung Deutschlands mit Erdgas ist spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine von höchster Bedeutung. Uns wird in Deutschland vor Augen geführt, wie abhängig wir derzeit noch von Energieimporten sind. Um diese Abhängigkeit zu verringern, befinden sich mehrere Maßnahmen, u. a. im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien, zur Diversifizierung des Energiebezugs, aber auch zur Energieeinsparung in der Umsetzung. Jedoch wird sowohl für die Strom- und Wärmeerzeugung als auch für die industrielle Nutzung der Energieträger Erdgas zunächst weiterhin unverzichtbar sein.

Um die Lücke, die durch ein mögliches Wegbrechen der Gasimporte aus Russland zu entstehen droht, zu schließen, werden neue Importmöglichkeiten für Gas, insbesondere für LNG, vonnöten sein. Unsere heimischen Ressourcen müssen klug, vorausschauend und möglichst ohne negative Einflüsse auf die Umwelt genutzt werden. Die Nordsee mit ihren bis zu 60 Milliarden m³ Erdgas ist dabei nicht nur wichtige nationale Reserve, sondern beherbergt mit dem Nationalpark Wattenmeer ein einzigartiges Naturschutzgebiet. Die Förderung in dem zur Rede stehenden Gebiet, welches sowohl auf niederländischem als auch auf deutschem Hoheitsgebiet liegt, muss daher unter hohen Auflagen geschehen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer